



## Vorlage Stadtparlament

vom 17. März 2015

Nr. 2827

Stadtparlament: Postulate

**Motion Doris Königer / Gallus Hufenus: „Neustart Bahnhof Nord“; Umwandlung in ein Postulat und Frage der Erheblicherklärung**

**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion „Neustart Bahnhof Nord“ wird in ein Postulat umgewandelt und mit folgendem Postulatsauftrag erheblich erklärt:

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, auf welche Weise im ganzen Gebiet „Bahnhof Nord“ eine Gesamtplanung unter Berücksichtigung der massgebenden öffentlichen Interessen durchgeführt und umgesetzt werden kann. Ziel muss sein, unter Einbezug aller Betroffener ein vielfältig genutztes und attraktives Zentrumsquartier zu entwickeln, insbesondere mit städtebaulich und gestalterisch vorzüglichen Bauten sowie aufgewerteten öffentlichen Räumen und Freiräumen.

Doris Königer und Gallus Hufenus sowie 34 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 23. September 2014 die beiliegende Motion "Neustart Bahnhof Nord" ein. Mit der Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung wurde im Einvernehmen mit den beiden Erstunterzeichnern zugewartet, bis die Verhandlungen über einen Erwerb der Liegenschaften nördlich der Lagerstrasse durch die Stadt abgeschlossen sind.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1. Die Stadt konnte nach intensiven und zeitaufwendigen Verhandlungen nun die Liegenschaften der Ausgleichskassen des Gewerbes erwerben, dies betrifft das Spanische Klubhaus (Klubhausstrasse 3) und die Wohnliegenschaft Lagerstrasse 10. Zudem konnte im Zuge eines Tausches mit einer städtischen Finanzliegenschaft (Rosenfeldweg 12) das private Wohnhaus Lagerstrasse 8 ebenfalls in das Eigentum der Stadt gebracht werden. Die beiden Liegenschaftengeschäfte fielen in die Kompetenz von Stadtrat und



Liegenschaftenkommission. Damit verfügt die Stadt nun zusammen mit den bisherigen städtischen Liegenschaften über das gesamte Areal nördlich der Lagerstrasse zwischen Klubhausstrasse und Fachhochschulzentrum. Die bestehenden Gebäude, also das Spanische Klubhaus und die Wohnhäuser, können vorläufig in der bisherigen Art weitergenutzt werden, dies im Sinne einer Übergangslösung und stehen für die neue Planung zur Disposition. Es ergibt sich mit dem Erwerb durch die Stadt eine neue, deutlich bessere Ausgangslage für die mit dem Vorstoss geforderte Gesamtplanung für das Areal. Diese Gesamtplanung soll die künftige Überbauung und Nutzung des nun städtischen Grundbesitzes nördlich der Lagerstrasse, darüber hinaus aber auch das gesamte Gebiet Bahnhof Nord umfassen, dies im Hinblick auf die künftige Entwicklung, im Interesse städtebaulich guter Lösungen und für die Aufwertung und Verbesserung des öffentlichen Grundes und der Freiräume. Die in Vorbereitung befindliche Planungsarbeit soll auf breiter Basis abgestützt werden und nach Möglichkeit vor allem auch die weiteren Beteiligten in diesem Gebiet miteinbeziehen. Angesprochen damit ist insbesondere das heute als Parkplatz genutzte Gelände im Eigentum des Kantons, das langfristig an die SBB verpachtet wurde. Es wird im Rahmen der kommenden Arbeiten versucht werden, für dieses heute unbefriedigend genutzte Areal möglichst bald bessere Lösungen erreichen zu können. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu sind allerdings begrenzt, es wird eine Verhandlungslösung im Vordergrund stehen müssen.

2. Der Stadtrat ist mit den inhaltlichen Anliegen des Vorstosses im Wesentlichen einverstanden. Aus rechtlichen Gründen kann der Vorstoss aber nicht als Motion, sondern nur als Postulat erheblich erklärt werden: Gemäss Art. 28 der Gemeindeordnung kann mit einer Motion beantragt werden, dass der Stadtrat einen „in die Zuständigkeit des Stadtparlamentes fallenden Beschluss“ vorlege. Mit der eingereichten Motion soll der Stadtrat beauftragt werden, eine Vorlage mit einem Gestaltungsplan, Anpassungen des bestehenden Überbauungsplanes, Nutzungsvorgaben für das gesamte Gebiet Bahnhof Nord sowie den Kredit für die Umsetzungskosten des Gestaltungs- und Überbauungsplanes vorzulegen. Ebenfalls ist in der Begründung der Motion von einer Planungszone die Rede. All diese allfälligen Massnahmen fallen aber nicht im Sinne von Art. 28 der Gemeindeordnung in die Kompetenz des Stadtparlamentes:
  - Der Erlass eines Gestaltungsplanes bedarf der Zustimmung der betroffenen Grundeigentümer. Ein Gestaltungsplan für das gesamte Areal Bahnhof Nord, einschliesslich z.B. der Parkplatzfläche im Eigentum des Kantons, betrifft zu wesentlichen Teilen nicht im städtischen Besitz befindliches Grundeigentum, sodass die Stadt – und damit das Stadtparlament – nicht in eigener Kompetenz einen solchen Plan erlassen könnte.



- Eine Überbauung des Gebietes nördlich der Lagerstrasse, das nun vollständig im Eigentum der Stadt ist, soll auf der Grundlage des bestehenden Überbauungsplanes „Bahnhof Nordwest“ erfolgen. Sollte eine Abweichung dieser Vorgaben aufgrund der kommenden Planungen nötig sein, muss der bestehende Plan geändert werden. Eine Änderung des Überbauungsplanes würde gemäss Art. 2 Abs. 2 der Bauordnung in die Kompetenz des Stadtrates fallen.
  - Nutzungsvorgaben können nur im Rahmen des Zonenplanes und der im Baugesetz festgelegten Instrumente gemacht werden. Dies wurde bereits einlässlich bei der Beantwortung der Interpellation Doris Königer „Für mehr öffentliches Leben beim Bahnhof Nord“ dargelegt. Für die gemäss der Motion offensichtlich beabsichtigte „Inpflichtnahme“ von privaten Grundeigentümern für publikumsintensive Erdgeschossnutzungen besteht keine rechtliche Grundlage, dieser Motionsteil fällt deshalb ebenfalls nicht in die Kompetenz des Parlamentes.
  - Der im Motionsauftrag angesprochene Kredit „für die Umsetzung des Gestaltungs- oder angepassten Überbauungsplanes“ ist nicht definiert. Sollten die Kosten für die Ausarbeitung dieser Pläne gemeint sein, so erreichen sie nicht die Parlamentskompetenz. Sollten die Kosten allfälliger späterer, noch völlig offener Massnahmen z.B. für neue Gestaltungen im öffentlichen Raum gemeint sein, so sind auch diese Kosten heute noch nicht zu beziffern und liegen jedenfalls nicht von vorneherein in der Kompetenz des Parlamentes.
  - Der Erlass einer Planungszone liegt in der Kompetenz des Stadtrates.
3. In dieser Rechtslage, aber auch angesichts der sehr offenen Formulierung des „Motionsauftrages“ ist ein Postulat das richtige und korrekte Instrument. Der Stadtrat beantragt deshalb, den Vorstoss gemäss Text im Beschlussantrag als Postulat erheblich zu erklären.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Motion vom 23. September 2014

